

Intellektuell begabte Menschen in guter Gesellschaft



Ulli Herbert [Boldt](#) war Anfang der neunziger Jahre einer der umtriebigen Neonazis Deutschlands, ein Aktivist der 1992 verbotenen [Nationalistischen Front](#), des ehemaligen „Nationalen Infotelefon-Berlin“, der Nazi-Wählergemeinschaft „Die Nationalen e.V.“, des rechtsextremen [Studienzentrum Weikersheim](#)“ des furchtbaren NS-Marinerichters Filbinger.

Boldt war zudem Vorsitzender der [Berliner Kulturgemeinschaft Preußen](#) und organisierte [Gedenkmärsche für Rudolf Heß](#).

Heute arbeitet er Rechtsanwalt in Berlin-Wilmersdorf und ist eingebunden im [Berliner Maximal Club](#), dem „Business Netzwerk des Tagesspiegels“, einem „einzigartiges Kommunikationsforum für Berliner Unternehmer“. Die „Medienberaterin“ Heike Harrantt stellt Boldt in einem [Youtube-Video](#) (vgl. Screenshot oben) persönlich vor. Beim *Tagesspiegel* weiß man nichts von Boldts Biografie. Harrantt sagte auf Anfrage, sie habe im Internet nichts über ihn gefunden.

Ist Ulli H. Boldt ein Nazi-Aussteiger, der sich vom Saulus zum Paulus wandelte, die „Jugendsünden“ bereut, sie reflektiert und aufgearbeitet hat? Das darf bezweifelt werden: Boldt fiel seit seinem angeblichen Ausstieg eher dadurch auf, dass er vergeblich versuchte, seine Vergangenheit zu verschweigen. Der Landesvorstand der Jungen Union schloss Boldt, der im Verband Königswusterhausen Unterschlupf gesucht hatte, wegen seiner Vergangenheit aus ([Telepolis](#), 17.03.2005, [Focus](#) 44/1997).

Nach dem Verbot der „Kameradschaft Oberhavel“ 1997 stieg Giese zum Schatzmeister der „Nationalen e.V.“ auf. Als sich die vom jetzigen NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt gegründete bundesweite Nazigruppe Ende 1997 auflöste, agierte Giese als deren „Liquidator“.



Ganz anders machte sein Ex-„Nationalen e.V.“ – Kollege Ulli Boldt, von sich reden. Während er noch 1995 zur Berliner Abgeordnetenhauswahl auf der Landesliste für „Die Nationalen e.V.“ antrat, fand man ihn im August 2003 auf der offenen Wahlliste der PDS zur Gemeinderatswahl in Halbe.

Wenig später tauchte Boldt dann bei der PDS auf. Auch hier verschwieg er seine dunkelbraune Biografie. In letzter Minute strich die PDS-Ortsgruppe ihn von der offenen Kandidatenliste zur Gemeinderatswahl. ([Neues Deutschland](#) und [Berliner Zeitung](#)

19.09.2003, [taz](#), 20.09.2003). Die taz schrieb:
Für die PDS-Kreisvorsitzende Karin Weber war Boldt lediglich ein „intellektuell begabter Mensch“, der sich in der Feuerwehr und im Fußballverein engagiert. Erst durch eine lokale Antifa-Gruppe erfuhren die Genossen von der braunen Vergangenheit ihres Kandidaten.

Man muss natürlich jedem Menschen das Recht zugestehen, seine Meinung zu ändern. Auch steht niemand in der Pflicht, ein öffentliches Gewese darum zu machen oder sich als Berufsaussteiger von Lobby-Gruppen wie „Exit“ mit zweifelhaftem pädagogischen Nutzen herumreichen zu lassen. Man kann aber eine rassistische und antisemitische Ideologie nicht einfach ablegen wie eine gebrauchte Unterhose und so tun, als wäre da nichts gewesen oder von anderen verlangen, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Das ist unglaublich.

Im Falle Boldts kommt noch hinzu, dass in seinem jetzigen Wohnort Halbe Gerüchte kursieren, dass er auch nach seinem „Ausstieg“ Kontakte in die rechte Szene pflegte, wenn auch, wie [Michael Schnieke](#), stellvertretender Bürgermeister von Halbe sagt, vielleicht nur auf beruflicher Basis. Die Eltern seien jedoch in heller Aufregung gewesen, als man sich im Ort erzählte, Boldt würde Jugendliche um sich versammeln. Beweisen lässt sich das nicht – die Gerüchte zeigen aber, dass man in Halbe seit der merkwürdigen Kandidatenkür sensibilisiert ist.

Datum: 19.09.2003
Ressort: Lokales
Autor: Jens Blankennagel
Seite: 24

Ex-Neonazi kein Kandidat für PDS

Von Wahlliste gestrichen

HALBE. Drei Stunde vor Ende der Anmeldefrist für die Kommunalwahl im Oktober ha die PDS-Ortsgruppe Halbe (Dahme-Spreewald) den ehemaligen Neonazi Ulli Boldt am Donnerstag von der Wahlliste für den Gemeinderat gestrichen. Das bestätigte der Geschäftsführer des PDS-Kreisverbandes Arndt Reif. "Wir haben bis Mittwoch nichts von seiner Vergangenheit gewusst", sagte er. Kein Genosse habe sich in einer eilig einberufenen Sitzung für Boldt ausgesprochen. Der 37-Jährige habe sich zwar zu den linken Positionen der Partei bekannt. "Doch sein Vorleben ist nicht mit unseren Grundsätzen vereinbar", sagte Reif. Boldt, der seit drei Jahren als Unternehmensberater in Halbe lebt, war seit Anfang der 90er Jahre ein Aktivist der rechtsextremistischen Szene. Er war Mitglied der später verbotenen Nationalistischer

Ich hätte Boldt gern gefragt, was er zu seinem „Ausstieg“ zu sagen hat. Ein Kontakt kam aber nicht zustande, trotz mehrmaliger Anrufe in seiner Kanzlei, trotz E-Mail und [SMS](#). Das mag seine Gründe in der Vergangenheit haben: Wir kennen einander.

Im April 1996 (Quelle: CL-Netz, [cl.antifa.diskussion](#), 27.3.-21.04.1996) war ich in der Krawall-Talkshow „Vera am Mittag“, zusammen mit Boldt und anderen Gästen. Die „Junge Welt“ schrieb am 03.04.1996 unter dem Titel „Talkshow auf SAT1 bietet Neonazis Forum“:

In dem heute von SAT1 ausgestrahlten Talkmagazin „Vera am Mittag“ ist zum Thema „Neonazis – Der Terror von Rechts“ neben der Hamburger

Journalistin Peggy Parnaß, dem Buchautor Burkhard Schröder und einer Mitinitiatorin einer antifaschistischen Initiative auch der Neonazi Uli Boldt geladen. Boldt gehörte zur inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF), ist Vorsitzender der „Deutschen Kulturgemeinschaft“ und Betreiber des „Berliner Nationalen Infotelefon“. Ebenfalls eingeladen, um sogenanntes „Insiderwissen“ über die Neonaziszene zu vermitteln, wurden zwei angebliche Aussteiger, Peter Schulz, langjähriges Mitglied der NF aus Bad Oeynhausen, und Oliver Kulik, ehemals

wichtigster Nazikader aus Berlin. Letzterer hatte im Frühjahr 1995 vergebens versucht, der JW einen Text über seinen fingierten Ausstieg zu verkaufen.

Heute hat der Ex-Nazi Boldt offenbar im *Berliner Maximal Club* ein anderes Forum gefunden – die Mitglieder können „in direkten Kontakt treten mit wichtigen Entscheidern aus Politik und Wirtschaft“. Das kann man auch verlangen, wenn der Jahresbeitrag 1500 Euro beträgt. „Gute Gesellschaft“ ist eben nicht umsonst zu haben.